

LBT zu den Tiroler Transitplänen:

Die EU, Deutschland und Bayern dürfen nicht länger mit Gegenmaßnahmen zögern

LBT München, 31.10.2018 – Angesichts der jetzt veröffentlichten Pläne Tirols, den Transitverkehr noch weiter abzuwürgen, fordert der Landesverband Bayerischer Transport- und Logistikunternehmen LBT endlich eine härtere Gangart der europäischen, deutschen und bayerischen Verkehrspolitik. Wenn das Vorhaben Tirols für ein sogenanntes „Anti-Transit-Paket“ tatsächlich zum 1. August 2019 umgesetzt würde, dann stünden dem ohnehin schon schwierig gewordenen Warenaustausch zwischen Bayern und Italien wahrhaft dunkle Zeiten bevor. Unter anderem will Tirol folgende Maßnahmen umsetzen:

- Eine Ausweitung des sogenannten sektoralen Fahrverbots auf weitere „bahnaffine Güter“
- Eine Ausweitung des sektoralen Fahrverbots auch auf LKW mit der aktuell saubersten Schadstoffklasse Euro 6
- Eine Ausweitung des Nachtfahrverbots auch auf Euro 6 LKW spätestens ab 2021
- Zufahrtsbeschränkungen für Tankstellen an den Autobahnen A 12 und A 13
- Eine „Korridormaut“ für die Strecke zwischen München und Verona

Tirol vergisst dabei wohl ganz bewusst, dass das letzte Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Österreich wegen der Einführung des sektoralen Fahrverbots im Vertrauen darauf eingestellt wurde, dass Euro 6 LKW dauerhaft ausgenommen bleiben würden. Tirol vergisst auch, dass

Georg-Brauchle-Ring 91
80992 München
Tel. (089) 12 66 29-0
Fax (089) 12 66 29-25
E-Mail: info@lbt.de
Internet: www.lbt.de

PRESSE- INFORMATION

München, 31.10.2018

Verantwortlich:
Ass. Sebastian Lechner
Abdruck honorarfrei
Beleg erbeten

bereits die laufenden Blockabfertigungen am Grenzübergang Kiefersfelden/Kufstein oftmals zu unzumutbarem Staus, Verkehrsgefährdungen und Beeinträchtigungen für die anliegende Bevölkerung führen. Tirol vergisst auch geflissentlich, dass österreichische Unternehmen in erheblichem Umfang innerösterreichische Verkehre über das sogenannte große Deutsche Eck zwischen Kufstein und Salzburg sowie über die Autobahn A 96 zwischen Vorarlberg über München nach Salzburg bzw. Tirol über bayerisches Gebiet durchführen. Selbstverständlich sind darunter auch Gütergruppen, die eigentlich vom sektoralen Fahrverbot betroffen wären. „Wir haben ja immer großes Verständnis für das Anliegen der Bayerischen Staatsregierung gehabt, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Tirol zu pflegen, aber irgendwann sollte man sich daran erinnern, dass gute Nachbarschaft keine Einbahnstraße sein kann. Sollte Tirol seinen kompromisslosen Anti-Transit-Kurs weiterverfolgen, fordern wir deshalb umgehende und konkrete Gegenmaßnahmen. Wo steht zum Beispiel geschrieben, dass Bayern dauerhaft und uneingeschränkt innerösterreichischen Verkehr auf seinem Gebiet akzeptieren muss?“, fragt Hans Ach, Präsident des LBT. Immerhin, so Ach, treffe die Wortwahl Tirols jetzt endlich den Kern dessen, um was es eigentlich gehe. Der Begriff „Anti-Transit“ beschreibe sehr genau das Ziel der Tiroler Politik, nämlich am liebsten überhaupt keinen Warenaustausch über sein Gebiet mehr zu akzeptieren. So funktioniere Europa aber nicht, stellt der LBT unmissverständlich fest und bietet zum wiederholten Mal seine konstruktive Mitarbeit beim schwierigen Thema Alpentransit an, wobei es leider zu den Merkmalen der Tiroler Politik gehöre, Entscheidungen ohne Einbeziehung der betroffenen Wirtschaftszweige zu treffen.